

Frauenpolitische Leitsätze der LAG kommunaler Frauenbüros Niedersachsen

Moderne Frauenpolitik 2002

In den letzten Jahren hat sich Frauenpolitik stark gewandelt. Viele frauenpolitische Ambitionen sind vom Anklagen über das Fordern in konkretes Handeln umgesetzt worden. Während vor 30 Jahren frauenpolitische Akteurinnen zunächst mit dem Aufzeigen der Missstände befasst waren, sind in den letzten Jahren eine Reihe von Richtlinien, Gesetzen und Quotenregelungen entstanden, so dass jetzt die konkrete Integration von Frauenpolitik in alles Handeln von Verwaltung und Politik im Mittelpunkt steht. Dieses Einbinden von Frauenpolitik in alle Politikfelder wird auch unter dem Label Gender Mainstreaming diskutiert.

Frauenpolitik als eigenständiges Politikfeld gerät dadurch mehr und mehr in den Hintergrund. Statt dessen wird z.B. wie in den 50ziger Jahren Familienpolitik in den Mittelpunkt gestellt.

Auf Niedersachsen bezogen begrüßen wir eine offensive Familienpolitik, insbesondere einen damit hoffentlich erreichbaren Ausbau des Kinderbetreuungsangebotes. Dem Ziel der Gleichberechtigung dient dies aber nur wenn parallel eine offensive Frauenpolitik verfolgt wird. Denn: Frauenpolitik ist weit mehr als Familienpolitik. Familie ist nicht für alle Frauen lebensprägend und vor allem nicht ein Leben lang.

Die lag kommunaler Frauenbüros in Niedersachsen hat sich schon mehrfach mit einer Positionsbestimmung zu Frauenpolitik befasst: Im Rahmen von Strategiegesprächen wurde als Leitziel allem vorweg formuliert: „Frauenpolitik sichtbar, attraktiv und akzeptiert machen!“, auf der Vollversammlung im Herbst 2000 in Seelze wurden alte und neue Forderungen formuliert. Um diese Diskussionen zu einer gemeinsamen Handlungsplattform zusammenzuführen, von der die kommunalen Frauenbeauftragten ausgehen und die mit weiteren Institutionen wie z.B. MFAS zu diskutieren ist haben wir Leitsätze für eine moderne Frauenpolitik entwickelt.

Unser Anliegen ist es damit, Ziele für eine moderne Frauenpolitik zu benennen. Damit wollen wir die Voraussetzung schaffen, um die Qualität von Frauenpolitik sichtbar werden zu lassen.

1. Einfluss, Arbeit, Geld muss gerecht zwischen den Geschlechtern verteilt werden!

- In politisch wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch bedeutsame Funktionen – ehrenamtlich oder hauptamtlich – sind Frauen oder Männer gleichermaßen vertreten und nehmen gleichberechtigt Einfluss.
- Erwerbsarbeit, private Arbeit und bürgerschaftliches Engagement wird zu gleichen Teilen von Frauen und Männern geleistet. Politik, Wirtschafts- und Bildungseinrichtungen unternehmen Anstrengungen, um in zukunftsträchtigen Berufen Mädchen und Jungen gleichermaßen auszubilden.
- Der Gesetzgeber wie auch die Wirtschaft schafft Arbeitsbedingungen, die die Berufstätigkeit von Frauen ermöglicht. Eine eigenständige Sicherung der Existenzgrundlagen für Frauen ist gewährleistet.

- Frauen verfügen über Ressourcen, um Politik, Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft etc. gleichberechtigt mitzugestalten.
- Damit wird sichergestellt, dass wir langfristig in einer Gesellschaft leben, die von den Interessen und Bedürfnissen beider Geschlechter gleichwertig geprägt wird.

2. Die Vielfalt der Lebenskonzepte von Frauen ist sichtbar und abgesichert.

- Frauen sind frei zu entscheiden, wie sie leben wollen, z.B. mit oder ohne Partnerin oder Partner, generationenübergreifend, mit mehreren Personen oder allein.
- Die unterschiedlichen Lebensmodelle von Frauen werden als gleichwertig gesellschaftlich und politisch akzeptiert und unterstützt.
- Frauen werden in ihrer Unterschiedlichkeit (Alter, Nationalität, Handicap) respektiert und gefördert.
- Ein Leben reicht für mehrere Modelle.

3. Die körperliche Unversehrtheit von Frauen und Mädchen sowie ihr Recht auf Selbstbestimmung ist garantiert.

- Mädchen und Frauen können ohne Angst vor Übergriffen, Anmache und Gewalt zu jeder Tages- und Nachtzeit sich frei bewegen - zu Hause, auf der Straße, in Lokalen, in Parks, in allen Ländern der Welt.
- Erfahren sie Gewalt, können sie sich selbst verteidigen und bekommen Hilfe und Unterstützung, denn Gewalt gegen Mädchen und Frauen ist als Angelegenheit öffentlicher Sicherheit geahndet. Geschlechtsspezifische Verfolgung ist als Asylgrund anerkannt.
- In Kitas, Schulen und der offenen Jugendarbeit wird dafür gesorgt, dass Mädchen und Jungen Selbstbewußtsein und Toleranz entwickeln und Gewalt nicht brauchen oder fürchten. Sie lernen Gewalttätigkeiten zu verachten und kreativ dagegen vorzugehen.
- Gesetzliche Möglichkeiten werden im Sinne der Sicherheit von Frauen ausgeschöpft
- Länder und Kommunen stellen ausreichende Finanzmittel für die Sicherheit von Frauen zur Verfügung
 - ausreichend Personalstellen für parteiliche Beratung
 - ausreichend Sachmittel für Öffentlichkeitsarbeit (Aufklärung, Information)
 - ausreichend Sach- und Personalmittel für kurzfristige Krisenberatung sprich FrauenNotrufe (bundesweite einheitliche kostenlose Nummer)
- Zufluchts- und Beratungsstellen stehen für Frauen und Mädchen flächendeckend zur Verfügung und Männergewalt wird öffentlich geächtet, Täter klar verurteilt und verwahrt.

Diese Ziele sind handlungsleitend in der alltäglichen Arbeit von kommunalen Frauenbeauftragten. Sie kennzeichnen eine moderne Frauenpolitik, die

- die frauenpolitischen Errungenschaften sichert,
- dem Facettenreichtum von Frauenleben Rechnung trägt und

- die nach wie vor die Verwirklichung der Gleichberechtigung verfolgt.

Neben den kommunalen Frauenbeauftragten sind weitere Akteurinnen und Akteure erforderlich, die sich für die Umsetzung dieser Leitsätze engagieren. Die Iag kommunaler Frauenbüros in Niedersachsen regt deshalb ein

„Bündnis für Gleichberechtigung“ an.

Die Iag-Sprecherinnen werden hierzu mit dem Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales, dem Landesfrauenrat und den Landtagsfraktionen diese Leitsätze und ihre Umsetzung diskutieren.